

MEDIENMITTEILUNG (29.03.2022)

Gemeinsames Statement des FAST-Sekretariats sowie der drei grossen Banken LGT, LLB und VP Bank und des Bankenverbandes

Gemäss aktuellem Stand sind bereits 10 Millionen Menschen aus der Ukraine infolge des Kriegs auf der Flucht; unlängst haben mehr als 4.5 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine Zuflucht in den EU/EWR-Mitgliedsstaaten bzw. der Schweiz gefunden. Zahlreiche Flüchtlinge haben auch in Liechtenstein um einen Schutzstatus angesucht. Die Regierung geht davon aus, dass diese Zahl schnell zunehmen wird. Liechtenstein hat seit Ausbruch des Krieges seine Solidarität bekundet und tut sein Möglichstes um den Betroffenen zu helfen. Dazu gehört nebst dem Aufenthalt und der Gewährung des vorübergehenden Schutzes (Status «S») für bestimmte Personengruppen aus der Ukraine, dass diese in Liechtenstein schnellstmöglich ihren Alltag bewältigen können. Ein wichtiger Faktor ist dabei die finanzielle Inklusion, d.h. dass diese Personen Zugang zu Bankdienstleistungen erhalten, die sie für die Regelung und Abwicklung ihres täglichen Bedarfs benötigen, sei dies um einkaufen zu können oder auch überhaupt Zahlungen leisten bzw. entgegen nehmen zu können.

Die LGT, die LLB und die VP Bank als die drei grossen liechtensteinischen Banken haben sich gemeinsam unter dem Dach des Bankenverbandes dazu bereit erklärt, wo nötig und gerechtfertigt Personen aus der Ukraine mit Schutzstatuts «S» bis auf Weiteres eine gebührenfreie Kontoverbindung inkl. Zahlungsverkehr und EC-Karte zur Verfügung zu stellen. Bedürftige können sich direkt bei den drei Banken melden.

Der Zugang zu Finanzdienstleistungen ist ein anerkanntes, fundamentales Grundrecht für alle Menschen und ist zunehmend auch eine Voraussetzung für die soziale Eingliederung. Er trägt dazu bei, dass Menschen, die sich in aussergewöhnlichen Situationen befinden, in die Lage versetzt werden, ihre finanzielle Situation selbst in die Hand zu nehmen. Im 2018 hat Liechtenstein zusammen mit weiteren Partnern die FAST-Initiative (Finance Against Slavery and Trafficking) zur Bekämpfung von moderner Sklaverei und Menschenhandel lanciert. Eines der fünf definierten Ziele der FAST-Initiative ist es, die Ausnutzung von gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu verhindern.

Das Risiko von Menschenhandel und Sklaverei wird auch nach dem Konflikt erhöht bleiben. Während beispielsweise Frauen und Mädchen in der unmittelbaren Situation besonders gefährdet sind, wird das Risiko, dass Männer und Jungen, die vor dem Konflikt fliehen, ausgebeutet werden (z. B. für Zwangsarbeit), langfristig wahrscheinlich steigen.

Daniel Thelesklaf, Direktor der FAST-Initiative am Centre for Policy Research der UN-Universität: *«Während einige Vertriebene aus der Ukraine in den ersten Wochen wahrscheinlich begrenzten Zugang zu Finanzmitteln haben werden, ist es wichtig, dass der Finanzsektor einen kontinuierlichen Zugang zu Finanzmitteln ermöglicht. Wir loben die liechtensteinischen Banken und den Bankenverband für ihre Führungsrolle bei der Bewältigung einer sich abzeichnenden Krise.»*

«Als Mitträger und -initiatoren der FAST-Initiative fühlen wir uns umso mehr verpflichtet, die dort verankerten Prinzipien der finanziellen Inklusion von gefährdeten Menschen auf die durch den Ukraine-Kriegs Betroffenen unkompliziert und unbürokratisch anzuwenden», so Simon Tribelhorn für die drei grossen liechtensteinischen Banken.

Regierungsrätin Dominique Hasler dazu: *«Die Solidarität mit der Ukraine und den vertriebenen Menschen aus dem Kriegsgebiet ist Teil von unserer humanitären Tradition. Flüchtlinge sind besonders verletzte Gruppen. Sie haben ein besonders hohes Risiko, Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel zu werden. Umso wichtiger ist es, dass alle Schutzbedürftigen möglichst rasch in geregelte Strukturen integriert werden und baldmöglichst ein eigenständiges und würdevolles Leben führen können. Dies ist auch ein wichtiges Ziel unserer gemeinsamen FAST-Initiative. Ich begrüsse den Schritt der liechtensteinischen Banken, Flüchtlingen aus der Ukraine gebührenfreie Bankkonten anzubieten, ausdrücklich. Es ist ein Beweis dafür, dass die Ziele von FAST von den inländischen Banken gelebt werden.»*

Weitere Informationen und Anfragen:

Liechtensteiner Bankenverband

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer

Austrasse 46, FL-9490 Vaduz

Tel: +423 230 13 23

info@bankenverband.li

www.bankenverband.li

United Nations University - Centre for Policy Research

Daniel Thelesklaf, Project Director,

Finance against Slavery and Trafficking (FAST)

767 3rd Ave, 35B, New York NY 10017

Tel: +1-646-905-5236

thelesklaf@unu.edu

www.cpr.unu.edu / www.fastinitiative.org